

# Beilage zu Nummer 91 der Volksstimme.

Montag den 17. April 1916.

## Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 17. April 1916.

### Preisprüfungsstellen.

Die mit weitgehenden Vollmachten und Befugnissen ausgestatteten örtlichen Preisprüfungsstellen sind in eins-einende Prüfung der gesamten Preisverhältnisse und der Grundlagen der Preisbildung eingetreten. Zu diesem Zweck sei bei den Kleinhandelsbetrieben eine genaue Durchsicht der Geschäftsbücher, der Schlusscheine, Frohlsbriefe usw. vorgenommen. Weiterhin richten sich die Prüfungsstellen mit der Feststellung der Beziehungen von Lebensmitteln und der Beobachtung des öffentlichen Wirtschaftsverfahrens. Uebereinstimmend haben die Feststellungen gezeigt, daß der sechzehnte Kleinhandel sich mit einem durchaus bescheidenen und angemessenen Nutzen im Verlauf von Waren begnügt. Ein enges Zusammensetzen ist zwischen der Reichsprüfungsstelle und den Landes-Orts-Preisprüfungsstellen hergestellt worden. Es handelt dabei besonders um die Auslegung und Handhabung für die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen maßgebenden rechtlichen Bestimmungen und weiterhin um die Gewinnung der Erfahrungen und Gesichtspunkte von allgemeiner Bedeutung, die für die Gesamtheit der Preisprüfungsstellen zu erzielen sind.

**Ferienheim.** Am Samstag morgen ging der erste und vorerst erholsam bedürftiger Kinder von Wiesbaden nach Ferienheim bei Niederjossa ab. Die Kinder werden drei Wochen dort verbleiben, um dann von anderen abgeholzt zu werden.

**Bewundung der Unkrauter zu Hütterzwecken.** Die Besitzer und Herren von Grundstücken werden aufgefordert, zur Bekämpfung der überbreiten Löwenzahn- und Ackerdistel geeignete Pflanzen zu erzeugen. Die Bewundung der ausgezäunten Hintergärten erzielt dabei ebenso werthol, deren Bekämpfung selbst. Das wichtigste Mittel zur Bekämpfung der genannten Unkrauter bildet das Ausziehen; bei Distel ist ein tieferes Ausziehen des ausdauernden Wurzelstocks mit dem sogenannten Distelzieher, einem Stock mit mechanischem Ende, erforderlich. Die Arbeit kann von Schülern leicht ausgeführt werden. Notwendig ist nur, daß die Anstrengung sich auf Wege, Grabenränder und Feldrandstreifen erstreckt. Die gesuchten Pflanzen können in gehäuseltem Zustande sehr gut zur Fütterung an alle Haustiere, einschließlich des Geflügels, verarbeitet werden und würden gerade in den kommenden Wochen eine willige Ergänzung des Futterzugs bilden. Die beste Zeit für das Ziehen dieser Unkrautpflanzen sind die nächsten drei bis vier Wochen. Rämentlich darf mit dem Ausziehen des Löwenzahns nicht gesäuert werden; er schmeckt sonst bitter und gelangt auch zur Samenbildung, was unter allen Umständen vermieden werden soll.

## Aus dem Kreise Wiesbaden.

**Giebich, 16. April.** (Aus der Partei.) Die jährliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlverbandes fand am Samstag abend im "Kreis Adolf" statt. Den Bericht erstattete Genosse Hößmann. Am Laufe des Abends fanden 11 Mitgliederberatungen statt. Im vierstündigem Abstand wurden aktuelle Vorträge gehalten, in denen Genossen Hempel, Hammer, Vogtherr und Otto referierten. In der Frauenversammlung sprach die Genossin Eiffen (Mainz); ferner fand eine öffentliche Versammlung gegen Lebensmittelwucher statt, in der Genosse Hüttmann referierte. Die Ferienspaziergänge wiesen einen durchschnittlichen Betrag von 1000 Kindern auf. In die Stadtverordnetenversammlung wurden die Genossen Richter und Höhler wieder gewählt. Beide stehen im Felde, infolgedessen ist die Arbeitsergebnisse während der Dauer des Krieges ohne Vertretung. Die Eingabe des Vorstandes an den Magistrat, um Sitze und Stimme in einzelnen Kommissionen zu gewähren, wurde abgelehnt. Die Abrechnung vom 4. Quartal gab Genossen. Die Einnahmen betrugen 156.08 Mark, die Ausgaben 154.45 Mark. Mitgliederzählung: Anfang des Jahres 78 männliche und 19 weibliche. Am Laufe des Abends wurden wieder 8 Genossen zum Ehrendienst einberufen. Der Umsatz der Kolportage betrug 398.49 Mark. Der Rentenstand der "Volksstimme" ist auf der alten Höhe geblieben, die Heldvotabonnenten haben zugenommen. Dem Verteilung wurde auf Antrag des Genossen Petersen Entlastung. Die Vorstandswahlen ergaben einstimmige Wiederwahl der seitherigen Genossen: Hößmann als 1. Vorsitzender, Brückmann 2. Vorsitzender, Kritsch als Kassierer und Brückmann als Schriftführer. Als Redakteure wurden die Genossen Petersen und Scheffler gewählt. In den Kreisvorstand wurde der Genosse Hoffmann delegiert. Unter Parteienangelegenheiten gab es durch das vom erweiterten Bezirksvorstand gegebene Flugblatt zum Pressestreit lebhafte Ausführungen.

**Giebich, 17. April.** (Nebertreffen.) In der Kaiserstraße von einem Rabau der 4 Jahre alte Junge unseres Genossen der gegenwärtig Heeresdienste leistet, überfahren. Der Junge ging noch ziemlich gut ab. — (Der Ernst der Sache.) Samstagvormittag kam es auf dem Rathause zwischen zwei und den Schulen zu lebhaften Auseinandersetzungen. Einmal hatten die Absicht Brocken zu holen, wurden aber abgewichen, dadurch veranlaßt, ihren bekräftigten Herzen keine Worte Lust. Eine Frau wurde auf der Woche festgestellt.

**Geisenheim, 17. April.** (Die Stadtverordnetenversammlung) hatte sich nochmals mit der Frage der Fortsetzung der Bismarckstraße durch den Bezirksvorstand zu beschäftigen, da nach einem Schreiben des Landrats es aussieht, daß der Kreis ein Drittel zu den jährlichen Sollungskosten von 3300 Mark aufzuteilen. Höchstens der Kreis ein Viertel tragen. Es wurde beschlossen, daß der Kreis sich verpflichten solle, ein Viertel zu den Unterkosten zuzuschicken, wenn die Zahlung erst am 1. Januar beginne. Die Anlage eines Gemüsefeldes der Volksschule soll auf Anregung des Geheimrates zum, der die Unterstützung der kgl. Lehranstalt zugestellt hat. Das vier Morgen große Grundstück der Volksschule an der Rüdesheimer Landstraße soll als Feld benutzt werden. 2½ Morgen sollen für Gemüse,

1½ Morgen für Kartoffeln verwandt werden. Die kgl. Lehranstalt hat 60 000 Gemüsepflanzen unentgeltlich zur Verfügung gestellt; ferner hat der Gartendauinspektor Junge einen Bebauungsplan entworfen. Die Schüler der oberen Volksschulklassen sollen das Gemüsefeld anlegen. Für die Sache wurden 500 Mark bewilligt. Lieber die Fleischbeschaffung gab es eine ausgiebige Aussprache, in der betont wurde, daß die Stadtverordneten wie überhaupt die Beitung der Stadt kein Verschulden treffe, wenn es an Fleisch fehle. Der Fleingaukreis werde als landwirtschaftlicher Kreis angesehen, weshalb ihm nur ein Fünftel dessen, was im Verhältnis die Stadt Frankfurt erhalten, zugewiesen werde. Als landwirtschaftlicher Bezirk in dem genannten Sinne sei er aber nicht anzusehen.

## Aus den umliegenden Kreisen.

### Lebensmittelversorgung der Stadt Höchst a. M.

Die Stadt Höchst a. M. hat den Lebensmittelverkauf während der Osterwoche in folgender Weise geregelt:

**Eier:** An die minderbemittelte Bevölkerung werden billige Eier im städtischen Lebensmittelgeschäft Hauptstraße 75 zum Preise von 15 Pf. das Stück gegen Vorzeigen der Fleischfarbe verkauft. Der Verkauf findet statt: am Mittwoch, vormitig von 8—12 Uhr für die Inhaber des Fleischmarktes Nr. 500—750, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 750—1000; am Donnerstag, vormitig von 8—12 Uhr Nr. 1000—1250, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 1250—1500; am Samstag, vormitig von 8—12 Uhr Nr. 1500—1750, nachmittags von 2—6 Uhr über Nr. 1750 sowie für die Nr. 1—500.

**Schweineschmalz:** Reines Schweineschmalz wird an minderbemittelte in Packungen von ½ Pfund zu M. 1.25 am Montag und Dienstag, nachmittags von 3—6 Uhr, im neuen Rathaus verkauft. Bezugsberechtigt sind diejenigen Familien, welche in dieser Woche kein Schmalz oder Fett erhalten haben. Zur Regelung des Verkaufs werden von 2 Uhr ab Marken an der Wache im neuen Rathaus abgegeben. Auch wird eine größere Menge Butter erwartet, sodaß mehr Inhaber von Butterarten als sonst berücksichtigt werden können.

**Schweinefleisch:** Die Kommission hat beschlossen, ausnahmsweise in den städtischen Läden die doppelte Menge Schweinefleisch (also statt ½ Pfund ½ Pfund pro Kopf) von Mittwoch den 19. April an abzugeben. Bezugsberechtigt sind: am Mittwoch die Nummern 750—1000; am Donnerstag die Nummern 1000—1500; am Samstag Vormittag die Nummern 1500 bis über 1750. Die Inhaber der Nummern 1—500 werden das Feiertages wegen schon am Samstag Nachmittag von 2—7 Uhr zugelassen. Das Pfund Schweinefleisch für die minderbemittelte Bevölkerung kostet wie bisher nur M. 1.20. Außerdem stehen die verschiedensten Lebensmittel in dem städtischen Geschäft, Hauptstraße 75, für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung, insbesondere auch Bohnen und Erbsen.

**Höchst a. M., 17. April.** (Die Leiter der Zentralbibliothek) werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausgabe der Bücher im "Gogol-Hof" jetzt im ersten Stock stattfindet und zwar Mittwoch abends von halb 7 bis 8 Uhr.

**Schwanheim, 15. April.** (Gemeindevertreterbericht.) In nächsterzeitlicher Sitzung wurden auf die Dauer von sechs Jahren wieder gewählt: als Beigeordneter Johann Müller, als Schöffen Josef Hof und Valentin Stoob. Auf den vergangenen Herrn Dr. Bernhard und den eine Wiederwahl ablehnenden Landmet Jacob Heinrich VII. wurden die Vertreter Johann Blesser und Jacob Berg als Schöffen neu gewählt. Der Vorstandtag für 1916 ist nicht beanstandet worden. Er wird deshalb von der Vertretung genehmigt. In Einschaltung und Ausgabe sind vorerst 903.000 Mark. Für die Volksschule sind vorgemerkt 75.220 Mark, für die gewerbliche Fortbildungsschule 1563 Mark, für die Armenverwaltung 9.885 Mark, für Unterhaltung der Ortsstraßen 2000 Mark, für Unterhaltung der Bismarckstraße 3730 Mark und für Straßenbeleuchtung 6300 Mark. Der Titel Mainbrücke weist in Ausgabe 8005 Mark, in Einschaltung 20.150 Mark auf. Der Titel Rosenthal 32.080 Mark in Einschaltung und 34.465 Mark in Ausgabe. Der Voconicweg steht 100 Prozent Aufschlagn zu Einwohnersteuer und 100 Prozent zur staatlich veranlagten Stund-, Gebäude-, Werbe- und Betriebssteuer vor, was einen Beitrag von 77.17 Mark ergibt. Die Vertretung stimmt dem zu. Die Ergänzungsbuchhaltung zur Gemeindewertersetzung sind nicht beanstandet worden. Die Vertretung beschloß ihre Gültigkeit.

**Homburg u. d. H., 17. April.** (Eine Stadtverordnetenversammlung) findet am Dienstag den 18. April, abends 8 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: Gewährung eines vorschuhmischen Kredits an die Zentral-Einkaufsgenossenschaft zur Verpflichtung der hiesigen Hotels und Kurhäuser usw. mit Lebensmitteln. Verpflichtung der Molkereianstalt. Gewährung einer Entschädigung für Meinung der Gymnasialstundale infolge Mitherausung der letzteren durch das ehemalige Haushaltungsamt für 1916.

**Oberursel, 16. April.** (Auch eine Betriebsstörung.) Vor einigen Tagen brachte einem Frankfurter Weizgermeister eine Kuh durch und konnte nicht wieder ergriffen werden. Gestern früh lag nun das Tier zwischen Oberursel und Homburg auf dem Bahngleise; es ließ sich auch durch den heranlumenden Frühstücksträger nicht im mindesten föhren. Der Zug mußte halten. Man ging der Kriensluh zu Leibe. Umsonst. Endlich wischte sie der Weizgermeister, konnte nach Oberursel, wo sie die größten Kapitälen ausführte. Schließlich nahte ein Homburger Jägersmann, der auf das Tier schoß, aber wegen des zu großen Zielschusses und der allzu geringen Entfernung nur die Spitze eines Horns leicht streifte. Um den Schlägen nicht in weiteren Mühkredit zu bringen, ließ sich die Kuh nunmehr sofort willig fangen und absführen.

**Flörsheim, 16. April.** (Messerheld.) Am 31. Januar gerieten die jugendlichen Arbeiter Peter Spielmann und Peter Raubheimer durch Schimpferien aneinander. Es flogen die Worte: "Komm nur her, wenn du was willst!", "Komm du nur her, ich fürchte mich nicht!" hinüber und herüber. Hierauf sprang Raubheimer dem Spielmann an die Kehle. Um sich zu wehren und auszutreten, der Angreifer möchte noch Hilfe bekommen, griff Spielmann zum Messer, das er schon offen in der Tasche hatte, und verletzte dem Raubheimer einen Stich in den Unterleib, wodurch Darm und Bauchfell schwer verletzt wurden. Der junge Raubheimer wurde sofort ins Krankenhaus nach Mainz gebracht, starb aber kurz darauf an den schweren Verletzungen. Die Strafammer Wiesbaden war der Ansicht, daß hier Milde nicht am Platze sei, und verurteilte Spielmann wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu sechs Monaten Gefängnis.

**Nied.-Roden, 16. April.** (Folgen der Fleischnot.) Einem hiesigen Landwirt wurde nachts eine Kuh aus dem Stalle gestohlen. Am nächsten Tag fand man auf einer entfernten Wie-

reste des Tieres. Die Diebe hatten die Kuh dort geschlachtet und die besten Stücke mitgenommen.

**Tschenheim, 16. April.** (Spiele nicht mit Schießwaffen.) Ein beim Landwirt Fr. W. hier beschäftigter junger Gärtner hantierte Freitag abend auf dem Hof mit einer Flinte, ohne eine Ahnung zu haben, daß das Gewehr geladen war. Das Gewehr entlud sich, so daß sie blutüberströmmt zusammenbrach. Man brachte sie sofort ins Krankenhaus, wo sie noch hoffnungslos darunter liegt. — (Verkauf von Rüben.) Für jede Familie kann eine Karte zum Bezug von zwei Zehntel einer Rübe Rüben im Rathaus, Zimmer 3, abgeholt werden. Die Verkaufsstellen werden noch bekanntgegeben.

**Tschenheim, 17. April.** (Fleischknappheit) Es ist den hiesigen Menschen bei der gegenwärtigen Knappheit an Schlagspeis nicht möglich, ausreichend Fleisch für die heile Bevölkerung zu beschaffen. Zu hoffen wäre, daß durch das neue Fleischsteuerabkommen dem Mangel noch und noch abgeholfen wird. Wie steht es mit dem Verkauf? Ein großer Teil unserer Bürgerschaft verfügt eine die augenblicklichen Verhältnisse überschreitende Menge Fleisch einzuladen. Kommt aber eine arme Kriegerfrau und will mit einem kleinen Brötchen für ihren Haushalt sich ernähren, so findet sie gewöhnlich die Megaloden geschlossen. In der jetzigen ersten Zeit ist ein deارتiges Verhalten unseres gut siuerten Bürgerschafts ganz besonders verwerflich. Es wäre in diesem Falle angebracht, die Fleischkarten einzulösen, wie es auch in höheren Gemeinden schon geschieht. — (Verkauf von Speck und Schwinschmalz.) Der Verkauf von Speck und Schwinschmalz erfolgt in dieser Woche in den Böden von Vinzemer, Langstraße 121, Lang, Langstraße 66 und 68, Bildeler Landstraße 3, gegen Karten, die im Rathaus, Zimmer 3, ausgegeben werden. Die Abgabe erfolgt Montags und Donnerstags von 7—11 Uhr und von 1—4 Uhr. Der Preis beträgt für Schwinschmalz 1.50 M., für Speck 1.20 M. für ein Viertelpfund.

**Langendiebach, 17. April.** (Aus der Zigarrenfabrik und Winkelholzformenfabrik.) Im Hotel "Zum Adler" in Hanau hielt die Zigarrenfabrik- und Winkelholzformenfabrik J. Brüning & Sohn U. G. hier, am 14. d. M. ihre 18. Generalsammlung ab. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, war das Geschäftsergebnis während des letzten Kriegsjahrs für die Firma Brüning ein außerordentlich glänzendes. Nach den Abschreibungen in Höhe von 220.780 M. hat die Firma einen Reinuwinn von 612.378 M. gegen 232.062 M. im Vorjahr erzielt. Die Dividende beträgt 10 Prozent gegen 5 Prozent im letzten Jahre. An Tantiemen und Gratifikationen werden 116.330 M. ausgeworfen, für den Defizitabrechens 17.000 M., Amortisationsfonds 42.900 M., 86.348 M. werden vorgetragen. Das Geschäft hat sich 1915 außerordentlich erhöht, während es bei Kriegsausbruch ziemlich zurückgegangen. Die Abteilung Zigarrenfabrik war sehr gut beschäftigt. In der Abteilung Sperrholz wurden Herstellungsergebnisse ausgetilgt. Dagegen war die Formenfabrik ruhig. Man erhofft auch für dieses Jahr wieder gute geschäftliche Resultate. An Kriegunterstützung wurden für die Familien der im Felde stehenden Beamten und Arbeiter rund 52.000 M. ausgezahlt. Durch Vereinbarung mit dem Holzarbeiterverband erhalten die Arbeiter von jetzt ab eine Zulage von 10 Prozent.

**Langendiebach, 17. April.** (Nicht auf einen fahrenden Zug springen!) Diese Mahnung wird noch recht wenig beachtet. Wie vor einiger Zeit in Rücklagen, so hat auch jetzt in Langendiebach diese Unfälle wieder ein blühendes Menschenleben gefordert. Als am Samstag die 15jährige Fabrikarbeiterin Anna Katharina Hofmann von hier mit dem von Ravelshausen kommenden Zug nach Hanau zu ihrer Arbeitsstelle fahren wollte, sprang sie auf den noch in Fahrt befindlichen Zug, glitt hierbei vom Trittbrett ab und kam so ungünstig zu Fall, daß ihr der Schädel eingeschlagen wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

**Langenselbold, 17. April.** (Um das tägliche Brot.) Die nächste Ausgabe von Zeit erfolgt Donnerstag den 20. April in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormitig und 2 bis 5 Uhr nachmittags. Das Zeit wird nur gegen Marken, die mit dem Gemeindesiegel versehen sind, ausgegeben. Die Marken sind bei den Bezirksvorstehern am Mittwoch zu den festgesetzten Zeiten zu haben. Die Ausgabe von Speck erfolgt an jedermann ohne Marken bis zum Gewicht von einem Pfund.

**Darmstadt, 16. April.** (Grausiger Selbstmord.) Mit durchschnittenem Halse fand man gestern ein etwa 21 Jahre altes in der Frankfurter Straße befindliches Mädchen aus Reinheim i. O. Es hatte sich in seiner Kammer mit einem geschärften Küchenmesser den Hals fast bis zur Hälfte durchschnitten, der entzogene Körper lag quer über dem vollständig blutdurchströmten Bett. Aus einem angefangenen Brief geht hervor, daß die Tat infolge von Neigungsvorlieben mit der Herrschaft und durch zu furchtbare Stellenlosigkeit begangen worden ist.

**Schotten, 16. April.** (Blutvergiftung.) Im Nachbarort Sichendorf zog sich der Landwirt Ludwig Adolph beim Düngen mit Faule eine Fingerverletzung zu. Es entwickelte sich daraus eine Blutvergiftung, die den 52-jährigen Mann nach kurzer Zeit erlag.

## Aus Frankfurt a. M.

### Die städtische Lebensmittelversorgung.

Man schreibt uns: Bei der Generaldebatte zum Etat und in der Stadtverordnetenversammlung fast allgemein die Mahnahmen des Magistrats in der Lebensmittelversorgung als unzureichend erklärt worden. Der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, Herr Hund, war es insbesondere, der sehr entschieden kritisch läßt und eine bessere Organisation verlangte. Herr Hund hat nur wiederholt, was früher schon sozialdemokratische Redner im Stadtparlament gesagt haben und in der "Volksstimme" wiederholt vorgeschlagen worden ist. Man hätte nun annehmen können, daß, da die stärkste Fraktion der Stadtverordnetenversammlung sich der sozialdemokratischen Kritik anschloß, dies eine größere Wirkung auf den Magistrat ausübte. Aber weit gefehlt! Man merkt in Frankfurt noch nichts von einer anderen, besseren Leitung in der Lebensmittelversorgung. Der Magistrat hat anscheinend immer noch kein Gefühl und Verständnis dafür, daß die Versorgung der Bürgerschaft mit Lebensmitteln die wichtigste Aufgabe ist, die zurzeit eine Stadtverwaltung zu lösen hat.

Das ist der Grundfehler in der städtischen Lebensmittelversorgung in Frankfurt: daß an alle Fragen nur zögernd, abwartend herangegangen wird, nicht aber als man dazu gezwungen ist. So wird jeder Teil der Lebensmittelversorgung so gut oder so schlecht erledigt, als die den einzelnen Abteilungen vorstehenden Beamten Höchstleistungen hierfür bestehen. Einheitliche Grundlagen, innerer Zusammenhang, großzügige Organisierung: das ist's, was in Frankfurt auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung fehlt. Herr Hund hat einen beförderten Stadtrat an die Spitze des Ge-

merbe- und Verkehrsamt verlangt. Das allein würde aber u. E. auch nicht genügen. Notwendig ist die Schaffung eines besonderen Amtes für die Lebensmittelversorgung, dem alles auf diesem Gebiet unterstellt wäre. In der Spalte des Amtes müßte selbstverständlich ein beforderter Stadtrat oder einer der Bürgermeister stehen. Kein Amt würde eine größere Bedeutung haben, wie dieses. Nicht nur jetzt, sondern wahrscheinlich auch nach dem Krieg.

Völlig verlogt hat bisher die städtische Organisation in der Verteilung der Lebensmittel. Wie oft sind in der Stadtverordnetenversammlung die standördigen Zustände bei der Warenabgabe in der Markthalle an der Battenstraße gerügt worden! Was sich dort im Großen abspielt, finden wir nun in kleinerem Maßstabe in allen Stadtteilen. Die Zustände sind da nicht weniger standös. Von morgens 5 Uhr bis 11 Uhr ab stehen an einzelnen Nachtläden dichte Menschenmengen, um gegen 7 oder 8 Uhr vielleicht einen Pfund städtisches Schweinefleisch oder Wurst oder 1/4 Pfund Fett zu bekommen. Das gleiche Bild sehen wir vor den Läden, wo städtische Eier, oder wo Rinder abgegeben wird. Überall ein dichtes Gedränge und ein stundenlanges Warten. Und welche Szenen sich oft dabei abspielen: Kinder werden halb tot gebrückt, Frauen ohnmächtig, und manchmal gibt's dabei noch Schlägerei.

Diese Zustände sind amüsant, standös. Romantisch, wenn, wie es am Samstag wiederholt geschah, beristete Schleute in die Menge der Frauen hineintraten, um sie auseinanderzutreiben.

Pflicht der Stadt ist es, hier Remedy zu schaffen, eine geordnete Warenverteilung vorausnehmen, eine Verteilung, bei der jeder Bürger gleichmäßig behandelt wird und ein jeder zu seinem Rechte kommt. Ist's Unfähigkeit oder Neugierlichkeit, daß die Stadt, die dafür in Frage kommenden Stellen, diese Pflicht nicht erfüllen? Gewiß, die reichen Leute brauchen nicht stundenlang zu warten, um Fleisch zu bekommen. Sie können sich auch Eier u. a. mehr genügend kaufen. Die minderbenimmte Bevölkerung ist es, die auf den Bezug der städtischen Lebensmittel angewiesen ist. Und die Frauen dieser Bevölkerungsschicht müssen oft halbe Tage unterwegs sein, um diese Waren zu bekommen — oder auch nicht zu bekommen.

Soll dieser beschämende Zustand aufrecht erhalten, keine andere Regelung möglich sein? Doch sie möglich ist, zeigt die Regelung der Butterabgabe, bei der von heute an vielleicht geordnete Zustände eintreten. Die Ansammlung von großen Menschenmengen vor den einzelnen Läden muß vermieden werden. Gewiß, ein Vorschlag, wie das gemacht werden soll, ist nicht so leicht. Aber hat die Stadt nicht genug tüchtige Leute, Magistratsmitglieder und andere, die dies beraten können? Bei der Abgabe städtischen Fleisches will man das Gedränge dadurch vermeiden, daß beim nächsten Verkauf nur diejenigen berücksichtigt werden, die das vorher Mal nichts bekommen haben. Das scheint uns nicht zu genügen. Notwendig ist u. E. eine einheitliche Planmäßige Regelung. Eine Rationierung dieser Ware, die Einführung von Fleisch- und Zuckerlizenzen halten wir vor allem für dringend notwendig. Dann ist ferner nötig, daß das Publikum diese Waren nur in dem Bezirk, wo es wohnt, immer bei dem gleichen Abgeber entnimmt. Heute ist es so, daß von allen Stadtteilen ein starker Zufluss nach der inneren Stadt — der gar nicht berechtigt ist — sich bemerkbar macht. Der Andrang zu den einzigen Verkaufsstellen ist also zu regulieren, jedes längeres Warten unmöglich zu machen. Das kann geschehen durch die Ausgabe von lösenden Nummern vor jedem in Frage kommenden Geschäft. Jede Frau, die Fleisch, Eier oder Rinder kaufen will, könnte sich zu jeder beliebigen Zeit eine Nummer holen. Das Geschäft würde durch Aushang bekannt machen, welche Nummern an jedem Tage an der Reihe sind. Da es die täglich abzugebende und die auf einen Tag entfallende Menge kennt, kann die Abgabe nach dem Bedarf reguliert werden. Hat der einzelne seine Nummer, bei deren Ausgabe eben, die Karte, die zum Bezug legitimiert, abgesondert werden muß, so weiß er bestimmt, daß er die vom zustehenden Ware auch bekommt. Er hat sich nur zu versetzen, in an seiner Nummer an der Reihe ist.

Bei der Abgabe von städt. Fleisch und Wurst müßte den Weibern natürlich verboten werden, für ihre „bessere Freundschaft“ Fleisch zu reservieren, wie dies jetzt häufig kommt. Jeder Käufer muß gleich dem anderen behandelt werden.

Das wäre ein Vorschlag zur Vermeidung der unwürdigen Zustände, wie wir sie heute haben. Wir sind überzeugt, daß noch andere, vielleicht bessere, gemacht werden können. Der Magistrat hat aber die Pflicht, hier einzutreten; im Interesse der Bürgerschaft, des Gemeinwesens. Caveant consules!

### Der Kampf der Weltanschauungen nach dem Kriege.

Die „Soz. Part.-Korresp.“ vom 25. März d. J. hat dem Genossen P. zu s. infolge einer überzeugenden und allzu lädierten Neuerorientierung der Parteipolitik (vergl. „Soz. Romantik“, 16. August 1915) allein zu müssen, daß er auch nach dem Kriege ein Eingehen darauf wird, der nicht berufen sei, zu zeigen, wohin die Reise gehen werde. Dafür scheint er sich neben dem einen oder anderen Genossen um so gründlicher des Wohlwollens der bürgerlichen Gesellschaft zu erfreuen, und so konnie er auch geliebt in der höchsten Abschätzung des Deutschen Gesellschafts für ethnische Kultur sein Herz ausschütten über den Kampf der Weltanschauungen nach dem Kriege. Und wie müssen sagen: ohne merkwürdiges Sehnsuchtsgefühl zweitlich in den Rahmen dieser — bürgerlichen Gesellschaft; mit sozialistischer Weltanschauung hatten sie nichts zu tun.“

Ganz Deutschland führt jetzt — so führt der Genosse P. aus — den Kampf um seine nationale Eleganz und Einwidderung, in dem wir töten möchten um der Selbstbehauptung willen, nicht als Individuen, sondern als Mitglieder des Staates, der die Organisation des Friedens zur Förderung des Lebens aller sei. Die Frage sei nur, wie wir den Kampf als Mitglieder des Staates miteinander zu führen haben, und da gebe es zwei Möglichkeiten: das nur widerwillige Einsteigen in das Ganze, getragen von einem großen Individualgelehrten, und das bewußte, freudige Anziehen im Ganzen unter dem Seiden der Einigkeit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit. In letzterem Sinne müßte auch der Kampf der Weltanschauungen entscheidend: Lebensaufstellungen und der für pflegenden Organisationen geführt werden, wo es sich darum handle, wie man sein Leben und das Leben des Ganges glücklich und fruchtbringend gestalten könne. Der Kampf der Interessenorganisationen (wirtschaftliche Gruppen, politische Parteien, Staat), die alle Willenszielkämpfen und mit einander um ihre Durchsetzung den Kampf führen, entsteht oft in nacktem Egoismus, in brutalen Wahrnehmung der individuellen Personen und Gruppeninteressen. Darum darf man nicht ausschließen in der individuellen Sorge für seine Person, Partei, National Partei zum Beispiel steht ein großes, allerdinge not-

wendiges Ideal; auch er sei Vertreter einer Partei mit ganzem Willen; trotzdem habe er sich immer wieder fragen müssen: Ist nicht die Partei ein Unrecht gegenüber dem Gemeinwohl, für das man doch da sei?

Hier erwähnt den Weltanschauungsorganisationen die bedeutsame Aufgabe, mildernd einzutreten, und er sei deshalb Mitglied des Monistbundes geworden, um nicht immer nur Sozialdemokrat zu sein; das sei ihm auf die Dauer unerträglich geworden. Er wollte auf diese Weise auch mit Freiheitlichen und Nationalliberalen zum Gedanken austauschen zusammenkommen. Es sei so ungebührlicher, daß innerhalb einer Partei bewußt zu bleiben, daß auch das Ganze da sei; er habe oft die Notwendigkeit des sozialen Verhältnisses zu den anderen Parteien betont, dabei aber immer das Gefühl gehabt: Denken ich nicht deine Genossen, daß du Verantwortest treiben willst?

Eine überaus heilsame Sache sei es, in Organisationen zusammengeführt zu werden, die bewußt die Objektivität und Wahrheit suchen, eine wunderbare Wohltat für die, die sonst gezwungen sind, einseitige Interessen zu vertreten. Höchster reiner Lebensgenuss sei es, die Wahrheit zu erkennen, die in den Parteien nicht zur Geltung kommen könne, da sie aus tatsächlichen Gründen oft verdeckt werden müsse. Einzig und allein die objektive Wahrheit sei das sichere Fundament für das Verhältnis zum Ganzen; aber sie können wir nur finden, wenn wir uns selbst alle zusammenfinden. Der Begeisterungsbereich verfällt in Egotismus und Peinlichkeit und besteht oft an dem Reizgänger des Autoritätsglaubens: Was sagst du, Kapitän? Was meinst du, Parteiführer?

Um eine Lebensaufstellung, sollte sie fruchtbringend sein, müsse sich jeder selbst aufbauen; das könne er nur bewirken durch das gemeinsame Suchen nach Wahrheit; in diesem Geiste muss das erhobene Glück einer objektiven Wahrheit. Im Kampfe der Lebensaufstellungen selbst sollten nur edle Waffen verwendet werden; es sollten schwere Säke und Wachstafeln, Schild und Spott, es sollte herrschen die Gerechtigkeit. Alles begreifen heißt, alles verzeihen; mit dieser spinozistischen Erkenntnis sei der Parteigegner tot, und es erwacht die Reizgänger zur Arbeitsgemeinschaft: — trost aller Gegenparteien.

Nach dem Kriege können viele nicht zur praktischen Zusammenarbeit, weil sie aus Prinzipientreue im Streite verharrten würden; hier müßten die Weltanschauungsorganisationen wohl der Monistbund und die Gesellschaft für ethnische Kultur? D. B.) beständig eintreten. Es gäbe auch eine Grundideebedeutsamkeit, die zu innerlicher Freiheit und Glückseligkeit führt, und selbst die größten Geister seien der Gefahr der Prinzipientreue ausgesetzt: so habe Bismarck immer befürchtet, es sei für uns Deutsche gleichgültig, ob die Russen in Konstantinopel kämen oder nicht; und heute sei es die wichtigste Zeichenstreng der deutschen Nation, sie von dort fernzuhalten. So habe auch Bébel geplaudert, der Krieg würde direkt zum Sozialismus führen (man kann das in sozialem Buch nachlesen), und jetzt würde er eines anderen belehrt werden.

Die Arbeit für die Weltanschauung und das gemeinsame Suchen nach objektiver Wahrheit werde nach dem Kriege nicht leicht sein, insoweit der Nebenwert der materiellen Arbeit, die es zu leisten gelte; es sei Geiste in Bewegung, daß bei dieser Arbeit die beständige Liebe und die metaphysische Weisheit verloren gehe. Wenn Vertreter der Stadt heute behaupten, der Krieg habe den Sinn für Menschen im Sinne des Christentums geweckt, so sei das eine ungeheurelei Täuschung. Dieses sei unter die Nieder gekommen in diesem Weltkriebe, deinetwegen Sinn sei: der Willen, das ganze Erdenzentrum der modernen Kultur zu erschlagen. Wollen wir doch nach Ozeanen, um auf dem Balkan und in Asien unendliche Kulturbauten zu leisten, diese Wänder sei der Kultur zu erschlagen. Dagegen steht Millionen sterben, dafür soll in späterer Zeit das Volk leben und blühen, das in der Kulturfähigkeit an der Spitze marschiere.

Somit die Ausführungen des Genossen P. mit deren parteipolitischem und kulturpolitischem Teilinhalt, wie mit seiner Ausdeutung des Weltkrieges und auseinanderzusetzen sich erübrig. Aber die Frage muß doch gestellt werden: Wenn sich jemand im Rahmen einer Partei so bewegt fühlt, wenn dort sein Streben nach Wahrheit so wenig Bedeutung findet, doch er dazu die Gemeinschaft mit anderen schätzt hoch, ja sogar sogar Mitglied des Monistbundes wird, worum gebraucht er nicht seine Freiheit, um sich von diesem Geisteszentrum völlig zu entfernen? Was aber am meisten auffällt, ist die Tatsache, daß Genosse P. so gut seinen Unterschied kennt zwischen seiner Partei und den bürgerlichen Parteien. Allein alles, was er über dieses „notwendige Ideal“ sagt, gäbe für die bürgerlichen Parteien, die nichts anderes sind als der Ausdruck des im bürgerlichen Staate spielenden Interessenwiderstreites der herrschenden Klasse, die nichts anderes kennen, als Handeln und Feilschen um ihre Interessen, und denen auch Allgemeinfamilie nur ein Mittel zu diesem Ziele ist! Wir haben bisher mit allem Nachdruck und mit allem Rediti betont, daß die sozialdemokratische Partei auf Grund ihres Programms und des diesem zugrunde liegenden wissenschaftlichen Sozialismus etwas von den bürgerlichen Interessenvertretern Weltverschiedenes darstellt, daß sie gerade neben der Willensrichtung auch alle Grundlagen einer Lebensaufstellung in sich bringt; und darum haben wir, wenn wir den Grundgedanken dieses Sozialismus und das ihm zugrunde liegende wissenschaftliche Fundament zu Ende denken, wirklich nicht den älteren Anfang, bei irgendwelchen bürgerlichen Weltanschauungsorganisationen die „reine Weisheit“ suchen zu wollen.

So sieht wir ihm aber schließlich destruktiv müssen, daß er hinsichtlich des Richtermonthes im Grunde des Gipfels aller Vollkommenheit eingeschritten hat, so wenig wird er — auch nach dem Kriege die sozialistisch denkende Arbeiterschaft für eine Anschauung und die von ihm proprieerte Kultur-Arbeitsgemeinschaft gewinnen können. Vielleicht hat er größeres Glück mit der Propaganda seines anderen Gedenkwerkes, des Esperanto-Ido, dessen Vorlesung er auch gestern zu singen nicht versäumt hat.

**Beschlüsse der Preisprüfungsstelle.** Amlich wird berichtet: Die letzte Sitzung der Preisprüfungsstelle beschäftigte sich zunächst mit allgemeinen Fragen der Fleischversorgung. Der Vorsitzende berichtete über die vom Magistrat bei der Reichsleistungsstelle und dem Rentzalbischändlerverband und anderen maßgebenden Stellen getroffenen Schritte zur Beseitung des geringen Fleischangebots und aller Vorwürfe nach für die nächste Zeit nicht zu bezeichnenden Befindens. Es wurde also dann die in der Kommissionssitzung vorbereitete Resolution der Schweinefleischpreise besprochen. Die bevorstehende Verhandlungsnahme für Rinder war Gegenstand eingehender Beratung. Mitgeteilt wurde die Aufstellung der jüngsten Gemüsehäuserpreise durch den Reichskanzler und demgemäß beschlossen, die jüngsten Kleiderauspreise aufzubeben. Die Versammlung nahm auch Stellung zu den derzeitigen Preisen für Mehlsteine.

**Rationscheinholen im Brot.** Als ein Antrag wurde es am Schäfchen gerichtet, daß die Rationskarte, die als Mehl in unserer Kostabgabe hinzukommen, mit der Schale gemahlen werden. Zahlreiche Bäder-Johannen sind dieser vorläufigen Nahrungsmittelzählung schuldig gemacht haben. Eine Meldestelle wurde zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Nur dem Umstände, daß ihr Mann an der Front und ihr Vater nur klein ist, hatte sie diese milde Strafe zu verdanken.

**Kunstgewerbeamt für Rationenkästen.** Die Besitzer von Rationenkästen haben über diese Kästen eine besondere Meldung, unverzüglich aller bisher erstatteten Meldungen, bis zum 1. Mai 1916 zu erzielen. Formulare sind beim Statistischen Amt anzufordern und ausfüllt fristzeitig dahin zurückzulefern. Die meisten Besitzer solcher Einförkästen scheinen die Verordnung übersehen zu haben.

**Eine Stiftung.** Die Hinterbliebenen des verstorbenen Antonius Bauer haben der Stadt 30 000 Mark für ein Geschäftsfeld in überwiesen, in dem kranke Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren ohne Unterschied der Konfession Versorgung finden sollen. Hanspfegeverein. Nach Mitteilungen in der Hanspfegeverein wurden im Jahre 1915 1234 Fälle versorgt, von denen auf Wohnungsbau 347 und auf Kranken 672 entfielen. Die Zahl der Pflegefälle beläuft sich auf 825 ganz, 834 halbe und 818 preiswertes Tages. Besonders Erwähnung verdient das

Zusammenarbeiten des Hanspfegevereins und der Arzige. Die finanzielle Lage verschlechterte sich durch die Kriegszeit. Die Ausgaben für Pflegen stiegen auf 35 000 Mark, auf 17 220 von der Stadt, der Dreikönigskonföderation usw. durch Rückgriffe wurden. Die Einnahmen an Geschenken und Zahrschenkungen fielen gegen früher um ein bedeutendes. Der Verlust durch gezogene, auch dieses Jahr wieder kein Vermögen und ich bin genötigt, bei der Stadt um eine Sanktion zu bringen.

### Briefkasten der Redaktion.

A. G. G. Die Unterstützungsplakette hängt davon ab, ob Sie wesentlich zum Unterhalt der Eltern beigetragen haben. Sollendmachung der Infanterie müssen Sie sich an den Verband (Rathaus) wenden.

E. J. Uns ist von einer Reduzierung der staatlichen Unterstützung von 15 auf 12 Mr. nichts bekannt.

J. A. Hanfblätter. S. 47. Krankheiten der Lungen.

W. B. Richtigkeit für die Entfernung der Lungen.

W